

GI Aktuell

Keine Kürzung der Kinderbetreuungskosten Alleinerziehender um die zumutbare Belastung/Aufhebung des Nichtanwendungserlasses?

Der III. Senat des Bundesfinanzhofs hatte bereits mit Urteil vom 10. 4. 1992 III R 184/90 (BFHE 167, 436, BStBl II 1992, 814) entschieden, daß die bei der Einkommensteuer steuermindernd zu berücksichtigenden Kinderbetreuungskosten alleinerziehender Elternteile (§ 33 c Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes – EStG) nicht um die bei außergewöhnlichen Belastungen anzurechnende zumutbare Belastung (§ 33 Abs. 1 und 3 EStG) zu kürzen seien; dies erfordere die verfassungskonforme Auslegung des § 33 c Abs. 1 EStG.

Dieses Urteil sollte nach dem Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 25. 9. 1992 (BStBl I 1992, 545) von der Finanzverwaltung nicht über den entschiedenen Einzelfall hinaus angewendet werden (**sogen. Nichtanwendungserlaß**). Im Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 16. 1. 1995 (BStBl I 1995, 88) wurde diese Auffassung noch einmal bekräftigt, es sollte danach jedenfalls die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die zur selben Rechtsfrage anhängige Normenkontrollvorlage des Niedersächsischen Finanzgerichts vom 9. 7. 1985 – VII 624/84 (Entscheidungen der Finanzgerichte 1985, 565) abgewartet werden. Das Bundesverfassungsgericht verwarf diese Vorlage mit Beschluß vom 17. 8. 1995 – 1 BvL 17/85 als unzulässig.

Mit Urte. v. 8. 3. 1996 – III R 146/93 – hat der III. Senat des Bundesfinanzhofs nun an den in seinem früheren Urteil aufgestellten Grundsätzen festgehalten. Er war dabei insbesondere der Auffassung, daß eine Kürzung der Betreuungskosten um die zumutbare Belastung auch **nicht mit dem Verbot der Besserstellung Alleinerziehender im Vergleich zu Ehepaaren mit Kindern gerechtfertigt werden könnte**. Diesem Gesichtspunkt sei (bereits) durch die pauschalierende und typisierende Höchstbetrags-

regelung für die steuerliche Anerkennung von Kinderbetreuungskosten Alleinerziehender (bei einem Kind höchstens 4.000 DM abziehbar; für jedes weitere Kind zusätzlich höchstens 2.000 DM) hinreichend Rechnung getragen.

Das jetzt ergangene Urte. v. 8. 3. 1996 – III R 146/93 – wird in Kürze amtlich veröffentlicht werden. (Pressemitteilung des BFH v. 11. 4. 1996, Nr. 11)

GI Leitsätze

Kostenfestsetzung/Berücksichtigung der Umsatzsteuer

1. Wird die Festsetzung beantragter Kosten abgelehnt, muß der Kostenfestsetzungsbeschluß begründet werden.
2. Werden obsiegende Streitgenossen von verschiedenen Prozeßbevollmächtigten vertreten, müssen die Erstattungsansprüche der Streitgenossen getrennt festgesetzt werden.
3. Umsatzsteuerbeträge sind bei der Kostenfestsetzung nur zu berücksichtigen, wenn der Erstattungsberechtigte die Erklärung abgibt, daß er die Beträge nicht als Vorsteuer abziehen kann. Dem Erstattungspflichtigen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, ob diese Erklärung zutreffend ist (Anschluß an OLG Karlsruhe, Beschluß v. 4. 10. 1994 – 3 W 71/94 JurBüro 1995, 35 gegen KG, Beschl. v. 3. 1. 1995 – 1 W 8183/94 StB 1995, 418, JurBüro 1995, 206). (FG Bremen, Beschl. v. 13. 11. 1995 – 295176E2 + 295178E2 – StB 1996, 117)

Amtspflichtverletzung des Finanzamts/Kosten des Steuerberaters

Verletzen die Finanzbehörden im Besteuerungsverfahren ihre dem Stpfl. gegenüber obliegenden Amtspflichten, so ist diesem gem. Art. 34 GG, § 839 BGB der Aufwand für die Einschaltung eines Steuerberaters im Einspruchsverfahren die Höhe der gesetzlichen Gebühren zu ersetzen.

(OLG München, Urte. v. 28. 9. 1995 – 1 U 2954/95 – StB 1996, 119)

Fristenkontrolle

- Organisationsverschulden
- Fristenberechnung, Gerichtsferien
- Löschung von Fristen

(BGH, Beschl. v. 8. 2. 1996 – IX ZB 95/95)

Leitsatz:

Der Rechtsanwalt hat Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß sein Büropersonal eigenmächtig im Fristenkalender eingetragene Fristen löscht, die vom Rechtsanwalt selbst – konkret: wegen Auswirkung der Gerichtsferien – zu berechnen waren.

Aus den Gründen:

Der Kläger, ein Rechtsanwalt, verlangt vom Beklagten Honorar. Seiner auf Zahlung von 89.503,35 DM gerichteten Klage gab das Landgericht nur in Höhe von 1.844,60 DM statt. Gegen das Urteil hat der Kläger am 19. 6. 1995 fristgerecht Berufung eingelegt und sie mit einem am 10. 10. 1995 beim Oberlandesgericht eingegangenen Schriftsatz begründet. Gleichzeitig hat er wegen Versäumung der Berufungsbegründungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt und zur Begründung behauptet: Am 18. und 19. 9. 1995 seien in seiner Kanzlei zehn größere Fristen abgelaufen. Seine für die Eintragung und Überwachung von Fristen zuständige Mitarbeiterin habe festgestellt, daß es nicht möglich gewesen sei, die Berufungsbegründung mit der gebotenen Sorgfalt anzufertigen. Bei der Klärung, ob die Frist nicht nur der routinemäßigen Bearbeitung in den Gerichtsferien hätte dienen sollen, sei die Mitarbeiterin irrtümlich davon ausgegangen, daß das Rechtsmittel am 19. 7. 1995 bei Gericht eingegangen sei; deshalb habe sie eine neue Berufungsbegründungsfrist für den 19. 10. 1995 eingetragen. Das sei erst durch einen Telefonanruf des Gerichts mit dem Hinweis auf die abgelaufene Begründungsfrist aufgefallen.

Durch den angefochtenen Beschluß hat das Oberlandesgericht dem Kläger Wiedereinset-

zung versagt und seine Berufung als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich die sofortige Beschwerde des Klägers, der ergänzend vorträgt, die vorgemerkte Frist sei als Berufungsbegründungsfrist eingetragen gewesen.

II.

Das Rechtsmittel ist nicht begründet.

1. Nach §§ 233, 85 Abs. 2 ZPO dürfte dem Kläger nur dann Wiedereinsetzung gewährt werden, wenn ihn – der sich selbst vertritt – an der Versäumung der Berufungsbegründungsfrist kein Verschulden trafe. Der Kläger muß sich jedoch ein eigenes Organisationsverschulden anlasten lassen.

Zwar kann ein Rechtsanwalt die Berechnung üblicher und in seiner Praxis häufig vorkommender Fristen sowie die Führung des Fristenkalenders seinem gut ausgebildeten und sorgfältig überwachten Büropersonal überlassen (BGHZ 43, 148, 153 f), wenn er durch geeignete organisatorische Maßnahmen dafür sorgt, daß Fristversäumnisse möglichst vermieden werden.

Zu den Geschäften, die dem Büropersonal nicht selbständig überlassen werden können, zählt aber die Fristenberechnung dann, wenn sich die Gerichtsferien darauf auswirken (BGH, Beschl. v. 5. 3. 1991 – XI ZB 1/91, NJW 1991, 2082 m.w.N.).

Ist eine derartige, vom Rechtsanwalt selbst zu berechnende Frist, wie hier, im Fristenkalender (zutreffend) eingetragen, so darf der Rechtsanwaltes auch nicht zulassen, daß das Büropersonal diese Frist eigenmächtig löscht und statt dessen eine neue einträgt. **Schon allgemein muß der Rechtsanwalt organisatorische Vorkehrungen gegen eigenmächtige Änderungen von Fristeintragungen im Fristenkalender durch seine Büroangestellten treffen** (BGH, Beschluß vom 27. 9. 1989 – IVb ZB 73/89, FamRZ 1990, 144 f m.w.N.). Erst recht gilt das für die Änderung solcher Fristen, die der Rechtsanwalt selbst zu berechnen hat: Andernfalls könnte seine Berechnung jederzeit und unkontrolliert durch Eingriffe von weniger qualifiziertem Büropersonal bedeutungslos gemacht werden.

Der Kläger hat entgegen § 236 Abs. 2 ZPO weder innerhalb noch nach der Wiedereinsetzungsfrist eine solche Anweisung an sein Büropersonal vorgetragen, obwohl sein eigener Sachvortrag – eigenmächtige Löschung und Neuberechnung der Berufungsbegründungsfrist durch eine Angestellte – derartige Angaben erfordert.

Fristenkontrolle

- Prüfung des Diktats
- Übertragungsfehler
- Anmerkung

(BGH, Beschl. v. 7. 12. 1995 – VII ZB 27/95)

Leitsatz:

Ein Rechtsanwalt, der den Text eines Rechtsmittelauftrages an einen anderen Rechtsanwalt diktiert und durch seine Schreibkraft übertragen läßt, muß den diktierten Text einschließlich des mitgeteilten Zustellungsdatums des erstinstanzlichen Urteils auf Diktat- oder Übertragungsfehler überprüfen (im Anschluß an BGH, Beschl. v. 12. 10. 1995 – VII ZB 14/94).

Aus den Gründen:

I. Die Klägerin, eine Generalunternehmerin, verlangt von dem beklagten Architekten Schadenersatz, den sie auf eine mangelhafte Planung des Beklagten stützt. Das Landgericht G. hat den Anspruch durch Urteil vom 2. 3. 1995 dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Gegen das Urteil, das dem erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Beklagten am 7. 3. 1995 zugestellt worden ist, hat die zweitinstanzliche Prozeßbevollmächtigte des Beklagten mit einem am 10. 4. 1995 bei Gericht eingegangenen Schriftsatz Berufung eingelegt.

Nachdem der Vorsitzende des zuständigen Senats des Oberlandesgerichts die Prozeßbe-

vollmächtigte darüber informiert hatte, daß die Berufungsfrist möglicherweise versäumt worden sei, hat diese beantragt, dem Beklagten gegen die Versäumung der Berufungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Zur Begründung hat sie folgendes vorge-
tragen:

Der Verkehrsanwalt des Beklagten habe ihr schriftlich mitgeteilt, das Urteil des Landgerichts sei am 10. 3. 1995 zugestellt worden. Dieser Irrtum beruhe darauf, daß die Sekretärin des Verkehrsanwalts offenbar das richtig diktier-
te Zustellungsdatum, den 7. 3. 1995, in dem Übersendungsschreiben eigenmächtig in das Datum des Eingangs des Urteils beim Verkehrsanwalt am 10. 3. 1995 abgeändert habe.

Das Oberlandesgericht hat den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zurückge-
wiesen und die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Landgerichts als unzulässig ver-
worfen. Dagegen wendet sich der Beklagte mit seiner form- und fristgerechten sofortigen Beschwerde.

ii. Das Rechtsmittel ist zulässig, es hat jedoch keinen Erfolg. Das Berufungsgericht hat im Ergebnis zu Recht den Wiedereinsetzungsantrag des Beklagten zurückgewiesen und seine Berufung als unzulässig verworfen, weil die Berufungsfrist durch ein Verschulden des Verkehrsanwalts des Beklagten versäumt worden ist. Der Verkehrsanwalt hat das Zustellungsdatum nicht vor der Übersendung des Rechtsmittelauftrages eigenverantwortlich überprüft.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs muß der erstinstanzliche Prozeßbevollmächtigte, der in dem schriftlichen Rechtsmittelauftrag an den Berufungsanwalt den Zeitpunkt der Zustellung des anzufechten-
den Urteils angibt, die Richtigkeit dieser Angabe eigenverantwortlich überprüfen; er darf sich nicht auf die Auskunft einer Bürokraft verlassen (BGH, Beschluß vom 12. 7. 1989 – IVb ZB 56/89, in *Juris* dokumentiert; Beschluß v. 26. 11. 1986 – IVb ZB 115/86 = NJW 1987, 1334). Die Pflicht zur eigenverantwortlichen Überprüfung des Zustellungsdatums vor der Übersendung des Rechtsmittelauftrages besteht auch dann, wenn der

erstinstanzliche Rechtsanwalt einen von der Kanzlei vorgefertigten Entwurf des Auftragschreibens unterzeichnet oder das Auftragschreiben selbst diktiert und später unterzeichnet (BGH, *Beschluß vom 30. 11. 1989 – III ZB 67/89, in Juris dokumentiert* = BGHRZPO § 233 Rechtsmittelauftrag 7).

Hier hat der Verkehrsanwalt seine Bürokratie damit beauftragt, das von ihm diktierte Schreiben aus dem Diktat zu übertragen. Bei einer derartigen Arbeitsteilung können Diktat- oder Übertragungsfehler verlässlich nur dadurch festgestellt und korrigiert werden, daß derjenige, der das Schreiben diktiert hat, den gesamten Text einschließlich des diktierten Zustellungsdatums überprüft. Die Schreibkraft hat, abgesehen von Rechtschreib- und Kommafehlern, im Regelfall keine Möglichkeit, verlässlich zu überprüfen, ob der Text Übertragungs- oder Diktatfehler aufweist (BGH, *Beschluß vom 12. 10. 1995 – VII ZB 14/95, zur Veröffentlichung bestimmt*).

Anmerkung:

Das Urteil des BGH bestätigt die bisherige Rechtsprechung: Bei Wiedereinsetzungsanträgen muß zunächst geprüft werden, wessen Verantwortungsbereich durch die Fristversäumnis berührt wurde. Werden Aufgaben – z. B. die Ermittlung der Postanschrift des Gerichts – auf Mitarbeiter übertragen, ist der Anwalt nicht verpflichtet, bei Durchsicht des Schriftsatzes diesen auf die Richtigkeit der Anschrift zu überprüfen. Wird er aber allein tätig, so trägt er die Gesamt-Verantwortung. Er ist verpflichtet, den von ihm diktierten Schriftsatz, der in seinen Kontroll- und Verantwortungsbereich gelangt ist, auf dessen Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen (Dr. Gräfe).

Notarhaftung

- Belehrungspflichten
- Gestaltungsvorschläge
- Beweislast für unterlassene Belehrung (BGH, *Urt. v. 2. 11. 1995 – IX ZR 15/95*)

Leitsatz:

Sind dem Notar Gründe bekannt, die geeignet sind, die in einem von ihm beurkundeten Vertrag vorgesehene Sicherung der Rechte eines Beteiligten zu vereiteln, so hat er hierauf grundsätzlich hinzuweisen, wenn er nicht davon ausgehen darf, den Beteiligten sei die Gefährdung bewußt.

Leitsätze (d. Red.):

1. Behauptet der Mandant eine Belehrung sei unterlassen worden, genügt bloßes Bestreiten des Notars nicht. Er muß vielmehr den Gang der Verhandlung schildern und die erteilten Belehrungen konkretisieren.

2. Der Notar muß über notwendige Belehrungen hinaus eigene Gestaltungsvorschläge unterbreiten, wenn nach den Umständen hierfür Bedarf besteht. Er kann nicht unterstellen, daß die Parteien alle Möglichkeiten selbst erkennen und zur Sprache bringen.

3. Weichen Parteiangaben von schriftsätzlichem Rechtsanwalt-Vortrag ab, ist die Parteierklärung vorrangig.

Tatbestand:

Der Kläger und seine Ehefrau waren Eigentümer des im Grundbuch von H. Blatt ... eingetragenen Hausgrundstücks Flurstück-Nr. ... Da ihr Sohn auf diesem Grundstück im Anschluß an das vorhandene Gebäude für sich ein Wohnhaus errichten wollte, übertrugen die Eltern ihm auf seine Bitte mit Vertrag vom 26. 10. 1984, den der beklagte Notar beurkundete, das Eigentum

an diesem Grundstück. Der Sohn gewährte seinen Eltern ein unentgeltliches Altenteil, das unter anderem ein ausschließliches Wohnungsrecht an sämtlichen Räumen des damals vorhandenen Gebäudes umfaßte. Weiter heißt es in der Urkunde über das Altenteilsrecht:

Die Eintragung zu Lasten des Flurstücks ... wird bewilligt. Eine Eintragung im Grundbuch soll jedoch nicht erfolgen. Die Eintragung des Rechts kann jederzeit von Veräußerer und Erwerber im Grundbuch beantragt werden.

Der Sohn verpflichtete sich, das Grundstück nicht zu veräußern. Jeder Elternteil erhielt das durch Vormerkung zu sichernde Recht, im Falle der Zuwiderhandlung die sofortige unentgeltliche Rückübertragung des Grundstücks zu verlangen.

Der Sohn des Klägers benötigte einen Kredit zur Finanzierung des Hausbaus. Die Sparkasse H. war bereit, ihm ein Darlehen von 250.000 DM gegen Bestellung einer Grundschuld im Range nach Vorlasten von 36.900 DM zu gewähren. Deshalb bewilligten der Kläger und seine Ehefrau sofort im Anschluß an den Vertrag eine entsprechende Grundschuld; die Unterschriften auf der Urkunde wurden vom Beklagten beglaubigt.

Eigentumswechsel und Grundschuld wurden im Grundbuch eingetragen. Im Jahre 1992 war der Sohn des Klägers nicht mehr in der Lage, den Kredit zu bedienen, weshalb die Zwangsversteigerung drohte. Nunmehr wurde auch das Altenteilsrecht im Grundbuch eingetragen. Im Einvernehmen mit der Grundschuldgläubigerin kauften der Kläger und seine Ehefrau den Teil des Grundstücks, auf dem sich das von ihnen bewohnte Haus befindet, zum Preis von 130.289,43 DM zurück.

Der Kläger, welcher sich von seiner Ehefrau deren Ansprüche hat abtreten lassen, wirft dem Beklagten vor, er habe bei Abschluß des Vertrages vom 26. 10. 1984 unzureichend beraten. Es sei der Wille der Vertragsparteien gewesen, den Veräußerern ein lebenslangliches nicht entziehbares Nutzungsrecht an Haus und Garten zu sichern. Der Beklagte habe es insbesondere

versäumt, sie über die bei Eintragung der Grundschuld im Range vor dem Altenteil drohenden Gefahren zu belehren. Wäre ihnen dies bekannt gewesen, hätten sie das Grundstück nicht oder aber nur mit dem Teil, auf dem der Neubau errichtet werden sollte, an den Sohn übertragen.

Der Kläger verlangt Ersatz der Kosten von 2.287,15 DM, die im Zusammenhang mit der Beurkundung entstanden sind, und begehrt die Feststellung, daß der Beklagte ihm sämtliche weiteren infolge der unterlassenen Aufklärung entstandenen Schäden zu ersetzen habe. Landgericht und Oberlandesgericht haben die Klage abgewiesen. Mit der Revision verfolgt der Kläger sein Begehren weiter.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

I.

Das Berufungsgericht meint, der Beklagte sei aufgrund der ihm im Streitfall obliegenden besonderen Betreuungspflicht gehalten gewesen, den rechtsunkundigen Kläger darüber zu belehren, daß die bewilligte Grundschuld dem Altenteil im Range vorgehen werde. Der Kläger habe jedoch nicht beweisen können, daß der Beklagte dies versäumt habe. Die Parteien hätten, wie ihre Anhörung ergeben habe, praktisch keine konkrete Erinnerung an den Hergang der Beurkundung. Deshalb sei das Bestreiten des Beklagten trotz der Bestimmung des § 138 Abs. 4 ZPO wirksam. Die Ehefrau und der Sohn des Klägers, die das Berufungsgericht als Zeugen vernommen hat, hätten ebenfalls keine genauen Angaben machen können. Daß dieser Punkt nicht mehr geklärt werden können, gehe zu Lasten des Klägers.

Im übrigen wisse derjenige, der für Darlehensschulden eine Grundschuld bewillige, die im Range nach Vorlasten von 36.900 DM eingetragen werden solle, daß sie seinem Altenteil vorgehe, und bedürfe deshalb keiner zusätzlichen Aufklärung.

Der Beklagte habe nicht deshalb amtspflichtwidrig gehandelt, weil er den Kläger nicht auf

die Möglichkeit hingewiesen habe, nur eine Teilfläche – ohne das Haus – zu übertragen. Aufgrund seiner Stellung als unparteiischer Betreuer sei es nicht die Aufgabe des Beklagten gewesen, die Beteiligten im Sinne einer Umgestaltung der Vertragsbeziehungen zu beeinflussen.

II.

Diese Ausführungen sind in wesentlichen Punkten rechtlich nicht haltbar.

1. Im Ergebnis zutreffend geht das Berufungsgericht zunächst davon aus, **der Beklagte habe die Veräußerer auf die rechtliche Bedeutung einer Eintragung der Grundschuld zeitlich vor dem Altenteilsrecht sowie die ihnen daraus drohenden Gefahren hinweisen müssen.** Diese Verpflichtung folgte jedoch nicht aus § 14 Abs. 1 BNotO; sie ergab sich bereits aus § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG.

a) Nach dieser Vorschrift hat der Notar den Willen der Beteiligten zu erforschen, den Sachverhalt zu klären und über die rechtliche Tragweite des Geschäfts zu belehren. **Damit soll gewährleistet werden, daß die zu errichtende Urkunde den Willen der Parteien vollständig sowie inhaltlich richtig und eindeutig wiedergibt. Demzufolge hat der Notar die Beteiligten über die rechtliche Bedeutung ihrer Erklärungen sowie die Voraussetzungen für den Eintritt der bezweckten Rechtsfolge in dem Umfang zu belehren, wie es zur Errichtung einer dem wahren Willen entsprechenden rechtsgültigen Urkunde erforderlich ist** (BGH, *Urt. v. 24. 6. 1993 – IX ZR 84/92*, NJW 1993, 2741, 2742; v. 28. 4. 1994 – IX ZR 161/93, GI 95, 55 = NJW 1994, 2283). Die Belehrungspflicht des Notars erstreckt sich insbesondere auf die mit **ungesicherten Vorleistungen** verbundenen Gefahren (BGH, *Urt. v. 6. 10. 1988 – IX ZR 142/87*, NJW 1989, 102; v. 27. 10. 1994 – IX ZR 12/94, GI 95, 158 = NJW 1995, 330, 331) sowie auf **Belastungen des Grundstücks, die geeignet sind, das mit dem Rechtsgeschäft erstrebte Ziel zu gefährden** (BGH, *Urt. v. 24. 6. 1993 – IX ZR 84/92*, NJW 1993, 2741, 2742). Eine entsprechende Verpflichtung **entfällt lediglich dann, wenn sich die Beteiligten über die Tragweite**

ihrer Erklärungen und das damit verbundene Risiko vollständig im klaren sind, was der Notar im Streitfall zu beweisen hat (BGH, *Urt. v. 27. 10. 1994 – IX ZR 12/94*, GI 95, 158 = NJW 1995, 330).

b) Der Übertragungsvertrag vom 26. 10. 1984 diente im wesentlichen nur den Interessen des Sohnes der Veräußerer, welcher durch die vereinbarte Eigentumsübertragung die Möglichkeit erhielt, ein ihm gehörendes Wohnhaus zu errichten. Den Eltern kam es demgegenüber allein darauf an, sich die Nutzung des von ihnen bisher schon bewohnten Hauses zu erhalten. Aus diesem Grunde räumte der Sohn ihnen das auch Dritten gegenüber wirksame Altenteilsrecht ein. Das überragende Interesse der Veräußerer daran, dieses Recht unbedingt auf Dauer zu sichern, ergab sich eindeutig aus den Umständen, der in § 7 des Vertrages vereinbarten Verfügungsbeschränkung sowie den dort begründeten Rechten zum Schutz gegen einen eventuellen Vertragsverstoß des Sohnes.

Die Eintragung der Grundschuld über 250.000 DM im Range vor dem Altenteilsrecht bedrohte dessen Bestand, sobald die Bank wegen Zahlungsunfähigkeit des Sohnes aus der Grundschuld die Zwangsversteigerung betrieb. Der Vorrang der Grundschuld war folglich geeignet, den Erfolg zu vereiteln, der mit den in §§ 6, 7 des Vertrages getroffenen Regelungen erzielt werden sollte. Die für die Veräußerer daraus herrührenden Risiken waren denen vergleichbar, die bei Eintragung einer den Erfolg des Rechtsgeschäfts gefährdenden Belastung oder Vereinbarung einer ungesicherten Vorleistung entstehen.

Da die Bestellung der Grundschuld in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Beurkundung des Vertrages beim beklagten Notar erfolgte, hätte er den Kläger und dessen Ehefrau auf die ihnen drohende Gefährdung ihrer Rechte hinweisen müssen (vgl. BGH, *Urt. v. 6. 10. 1988 – IX ZR 142/87*, NJW 1989, 102, 103). Geschäftlich ungewandte und mit rechtlichen Dingen nicht vertraute Personen vermögen häufig ohne fremde Hilfe nicht zu erkennen, welche Wirkung von mehreren rechtlich selbständigen Willenserklärungen in ihrem

Verhältnis zueinander ausgeht, und sind auch nicht in der Lage, die Bedeutung des Grundbuchs in diesem Zusammenhang richtig zu erfassen (vgl. BGH, Urt. v. 27. 10. 1994 – IX ZR 12/94, GI 95, 158 = NJW 1995, 330, 331). Daher durfte der Beklagte nicht darauf vertrauen, die Veräußerer würden aus dem Inhalt und Zweck der Rechtsgeschäfte selbst erkennen, unter welchen Voraussetzungen die Eintragung der Grundschuld zum Verlust ihres Altenteils führen könne.

2. Die Auffassung des Berufungsgerichts, der Kläger habe eine Amtspflichtverletzung nicht bewiesen, beruht jedoch auf einer rechtlich unzutreffenden Würdigung der Darstellung des Beklagten. Schon aus dessen eigenem Vorbringen folgt, daß er den Kläger und dessen Ehefrau nicht ausreichend belehrt hat.

a) **Wer von einem Notar Schadenersatz verlangt, hat die behauptete Pflichtverletzung zu beweisen.** Das gilt auch dann, wenn der **Vorwurf** erhoben wird, der Notar habe eine **Belehrung unterlassen**, die Behauptung also eine negative Tatsache betrifft. Insoweit gilt nichts anderes als im Anwaltshaftungsrecht. Die Schwierigkeit des Negativbeweises für den Kläger wird in solchen Fällen dadurch ausgeglichen, daß der Beklagte sich nicht damit begnügen darf, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe in allgemeiner Form zu bestreiten. **Vielmehr muß er grundsätzlich den Gang der Verhandlung im einzelnen schildern und konkret angeben, welche Hinweise und Belehrungen er im einzelnen erteilt haben will** (BGH, Urt. v. 5. 2. 1987 – IX ZR 65/86, GI 87, 66 = NJW 1987, 1322, 1323; v. 3. 12. 1992 – IX ZR 61/92, GI 93, 79 = NJW 1993, 1139, 1140).

Die Notwendigkeit eines entsprechend substantiierten Vorbringens folgt schon aus § 138 Abs. 1 ZPO, wonach sich die Partei über Tatsachen, die eigene Handlungen betreffen, vollständig und der Wahrheit gemäß zu erklären hat.

b) Bereits aus der eigenen Darstellung des Beklagten ergibt sich, daß er den Kläger und dessen Ehefrau bei Beurkundung des Vertrages nicht ausreichend belehrt hat.

Der Beklagte hat zunächst schriftsätzlich vorgebracht, er habe die Erschienenen auf die Bedeutung des Ranges der dinglichen Rechte im Grundbuch hingewiesen. Es sei insbesondere erörtert worden, daß die Eintragung der Grundschuld über 250.000 DM im Range vor einem eventuellen Altenteilsrecht erfolgen müsse, weil die finanzierende Bank ansonsten den Kredit nicht auszahle. Mit diesen Hinweisen hat der Beklagte seine Aufgabe, die Veräußerer in einer ihnen verständlichen Form auf die ihrem Altenteilsrecht durch die vorrangige Eintragung der Grundschuld drohenden Gefahren hinzuweisen, nicht erfüllt. **Er hätte dem Kläger und seiner Ehefrau vielmehr erläutern müssen, daß sie mit der vorgesehenen Regelung das Risiko eingingen, ihr Altenteilsrecht zu verlieren, wenn der Sohn seine Kreditverbindlichkeiten nicht erfüllt und die Bank deshalb in das Grundstück vollstreckt.** Selbst bei einem Beteiligten, der im Ansatz weiß, was ein Vorrang rechtlich bedeutet, darf der Notar nicht davon ausgehen, dieser erkenne selbst, was die Durchsetzung der vorrangigen Grundschuld für sein nachrangiges Altenteilsrecht zur Folge haben kann. Schon wegen der Verschiedenartigkeit der hier miteinander konkurrierenden Rechte bedarf ein Laie hierzu in aller Regel einer eingehenden und ausführlichen Belehrung.

Bei seiner persönlichen Anhörung vor dem Berufungsgericht hat der Beklagte dazu erklärt:

Ich meine, mich nur noch daran erinnern zu können, daß ich im Zusammenhang damit, daß das Altenteil nicht eingetragen werden sollte, noch gesagt habe, wenn dann aber was passiert, dann müssen Sie schnell zum Amtsgericht gehen. Eine genaue Erinnerung habe ich aber dazu nicht.

Ich habe auch noch eine verhältnismäßig sichere Erinnerung daran, gesagt zu haben, daß die Grundschuld noch von den Alteigentümern bestellt werden mußte. Deshalb habe ich auch den Sohn D. die Grundschuld unterschreiben lassen, weil er ja das Grundstück übernehmen sollte. Eigentlich war das gar nicht nötig.

Ich habe auch keine Erinnerung mehr daran, ob ich im Zusammenhang mit der Grundschuldbestellung auf die Rangverhältnisse hingewiesen habe. Denn dieses Problem stellte sich zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr, da ja auf eine sofortige Eintragung des Altenteils im notariellen Vertrag verzichtet worden war.

Weichen die eigenen Erklärungen der Partei von den schriftsätzlichen Behauptungen ihres Anwalts ab, so ist grundsätzlich ihren persönlichen Angaben der Vorzug zu geben

(BGH, Urt. v. 1. 3. 1957 – VIII ZR 286/56, LM ZPO § 141 Nr. 2; v. 1. 12. 1964 – VI ZR 179/63, VersR 1965, 287, 288; v. 22. 10. 1968 – VI ZR 178/67, VersR 1969, 58, 59). Das hat das Berufungsgericht auch im Ansatz gesehen. Es hat dabei jedoch nicht beachtet, daß die persönlichen Ausführungen des Beklagten den vom Kläger erhobenen Vorwurf nicht entkräften. Vielmehr bestätigen sie, daß der Beklagte die Veräußerer über die Rechtsfolge der Eintragung der Grundschuld im Range vor dem Altenteilsrecht nur unzureichend belehrt hat und sie infolgedessen nicht in der Lage waren, eine ihren Willen vollständig erfassende Regelung zu treffen. Aus den Erklärungen, die der Beklagte selbst berichtet, war für sie das Risiko, das sie mit der gewählten Regelung eingingen, nicht zu erkennen.

Der Beklagte hat **schuldhaft** gehandelt; denn die Notwendigkeit einer entsprechenden Aufklärung war für ihn aus den offen zutage liegenden Umständen ohne weiteres ersichtlich.

3. Die Revision wendet sich auch mit Erfolg gegen die Auffassung des Berufungsgerichts, der Beklagte sei nicht verpflichtet gewesen, den Beteiligten eine andere vertragliche Gestaltung vorzuschlagen – hier die Übertragung einer Teilfläche des Grundstücks, auf der sich das von den Eltern bewohnte Haus nicht befand.

Der Kläger hat vorgetragen, sein Sohn habe den Beklagten in einem Vorgespräch eingehend über Sinn und Zweck des Übertragungsvertrages, insbesondere den vorgesehenen Bau eines weiteren Einfamilienhauses, unterrichtet. Das Grundstück sei bei einer Gesamtgröße von 1.250 qm ohne weiteres teilbar gewesen.

Von diesen Tatsachen ist mangels abweichender Feststellungen des Tatrichters im Revisionsrechtszug auszugehen. Danach war dem Beklagten keine bestimmte Regelung vorgegeben. Er hatte vielmehr die Aufgabe übernommen, die Beteiligten zu beraten, in welcher rechtlichen Form das von ihnen erstrebte Ziel zu erreichen war.

In einem solchen Fall **muß der Notar über die notwendigen Belehrungen hinaus den Beteiligten auch eigene Vorschläge für die erforderlichen Regelungen unterbreiten, wenn aus den ihm erkennbaren Umständen Bedarf dafür besteht** (vgl. Ganter, WM Sonderbeilage Nr. 1/1993, S. 5). **Er kann nicht erwarten, daß die Vertragsparteien alle in Frage kommenden Möglichkeiten selbst erkennen und zur Diskussion stellen** (BGH, Urteil v. 28. 4. 1994 – IX ZR 161/93, GI 95, 55 = NJW 1994, 2283; v. 27. 10. 1994 – IX ZR 12/94, GI 95, 158 = NJW 1995, 330, 331). Die Teilung des Grundstücks wäre nach dem vom Kläger behaupteten Sachverhalt ernsthaft in Betracht gekommen. Mit einem derartigen Vorschlag hätte der Beklagte entgegen der Meinung des Berufungsgerichts das Gebot der Unparteilichkeit nicht verletzt, weil eine solche Lösung geeignet war, den Interessen beider Partner uneingeschränkt gerecht zu werden. Dem Sohn des Klägers kam es nicht darauf an, unbedingt das ganze Grundstück zu erwerben, wenn die Bank bereit war, der Finanzierung seines Bauvorhabens auch bei Übertragung nur einer Teilfläche zuzustimmen.

III.

Das angefochtene Urteil erweist sich nicht aus anderen Gründen als im Ergebnis zutreffend.

1. Der Kläger behauptet, er hätte der Eintragung der Grundschuld im Range vor dem Altenteilsrecht nicht zugestimmt, wenn er erfahren hätte, welche Rechtsfolgen daraus entstehen können. Eine Regelung des hier getroffenen Inhalts wäre dann auf keinen Fall zustande gekommen. Im übrigen hätte die Bank die Finanzierung auch durchgeführt, wenn dem Sohn nur der zur Bebauung erforderlich Teil – etwa die Hälfte – des Grundstücks übertragen

worden wäre. Damit ist die Amtspflichtverletzung nach dem Vortrag des Klägers für den Schaden ursächlich geworden.

2. Die Erwägung des Landgerichts, das Altersrecht wäre im Falle der Zwangsversteigerung des Grundstücks nach § 9 EGZVG bestehen geblieben, trägt die Klageabweisung ebenfalls nicht. Das Erlöschen des Rechts ist auf Verlangen eines Beteiligten als Versteigerungsbedingung zu bestimmen; die Kasse hätte ein entsprechendes Begehren stellen können (§ 59 Abs. 1 ZVG) und dies nach der unter Beweis gestellten Behauptung des Klägers auch getan.

Die Sache ist daher an das Berufungsgericht zurückzuverweisen (§ 565 Abs. 1 ZPO). Dieses wird zunächst klären müssen, ob die Pflichtverletzung des Beklagten für den Schaden des Klägers und seiner Ehefrau ursächlich geworden ist.

Steuerberaterhaftung

– 2-Konten-Modell

– Schaden?

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 9. 3. 1995 – 13 U 57/94
ebenso: Urt. v. 9. 3. 1995 – 13 U 56/94)

Leitsatz (d. Red.):

Das sog. 2-Konten-Modell führt nicht grundsätzlich zu einem Vermögensvorteil des Mandanten. Der Anspruchsteller muß deshalb eine konkrete Schadenberechnung anhand aller Zahlungsvorgänge zumindest für ein Steuerjahr vorlegen.

Aus den Gründen:

I.

Der Kläger ist Arzt und Mitinhaber einer Gemeinschaftspraxis. Einnahmen und Ausgaben wurden bis Ende 1988 über ein Gemeinschaftskonto abgewickelt. Die angefallenen Kontokorrentzinsen wurden zunächst in voller Höhe als Betriebsausgaben anerkannt. Nach einer

Betriebsprüfung im Jahre 1987 erließ das Finanzamt für die Jahre 1984 bis 1986 geänderte Gewinnfeststellungsbescheide, in denen der betriebliche Anteil der Zinsen auf jeweils unter 50% geschätzt und nur noch der geschätzte Teil als Betriebsausgaben anerkannt wurde. Die dagegen eingelegten Einsprüche der Gemeinschaft wies das Finanzamt mit – bestandskräftigem – Bescheid vom 16. 5. 1991 als unbegründet zurück. Der Kläger nimmt den Beklagten, der ihn bis 1988 umfassend steuerlich betreut hat, auf Schadenersatz (Steuerjahre 1984 bis 1986) und Feststellung der Ersatzpflicht für den Zukunftsschaden (Steuerjahre 1987 und 1988) in Anspruch. Er meint, der Beklagte hätte ihm schon ab 1984 zur Einführung des „Zweikontenmodells“ raten müssen, mit dem er eine endgültige Anerkennung aller Kontokorrentzinsen als Betriebsausgaben erreicht hätte. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen.

II.

Die Berufung ist nicht begründet. Das tatsächliche Vorbringen des Klägers rechtfertigt nach wie vor nicht seinen Klageantrag. Dabei kann dahinstehen, ob der Beklagte dem Kläger schon ab 1984 zur Einführung des „**Zweikontenmodells**“ hätte raten müssen. **Denn der Kläger hat nicht konkret und nachprüfbar dargetan, daß und in welcher Höhe ihm durch die Abwicklung aller Zahlungsvorgänge über ein einziges Girokonto ein Vermögensschaden entstanden ist:**

1. Mit dem Zweikontenmodell soll erreicht werden, daß die Kontokorrentzinsen, die bei kaufmännischer oder freiberuflicher Tätigkeit anfallen, möglichst weitgehend als Betriebsausgaben geltend gemacht werden können. Dazu werden, wie der Name schon sagt, zwei Bankkonten eingerichtet: Über das eine Konto werden alle Betriebseinnahmen und alle Privatentnahmen abgewickelt. Mit dem zweiten Konto werden alle Betriebsausgaben durch Kontokorrentkredit finanziert (Schmidt/Heinicke, EStG, 13. Aufl. [1994], § 4 Anm. 43 c dd; Tipke/Lang, StR, 13. Aufl. [1991], § 9 2.3 unter „Zinsen“; jeweils m.w.N.). Spätestens seit dem Beschluß

des Großen Senats des Bundesfinanzhofs vom 4.7.1990 (*BStBl.* 1990, 817) ist das Zweikontenmodell sowohl bei der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 EStG (Vermögensvergleich) als auch bei der nach § 4 Abs. 3 EStG (Einnahmen-Überschußrechnung) als steuerrechtlich zulässig anerkannt.

2. Zugunsten des Klägers, der den Gewinn nach § 4 Abs. 3 EStG (Einnahmen-Überschußrechnung) ermittelt hat, kann unterstellt werden, daß das Finanzamt in seiner Einspruchsentscheidung vom 16.5.1991, die auf den o.a. Beschluß des BFH ausdrücklich Bezug nimmt, *alle* Kontokorrentzinsen aus den Steuerjahren 1984 bis 1986 als Betriebsausgaben anerkannt hätte, wenn der Kläger zu der Zeit schon das Zweikontenmodell praktiziert hätte. Daraus folgt aber noch nicht, daß dem Kläger ein Vermögensschaden entstanden ist:

a) Die Frage, ob der Steuerberater einen Vermögensschaden seines Mandanten verursacht hat, ist durch Vermögensvergleich zu beantworten. Der tatsächlich eingetretene Zustand ist mit

dem zu vergleichen, der eingetreten wäre, wenn der Steuerberater den Mandanten – nach dessen Vortrag – richtig beraten hätte. Ein Schaden ist entstanden, wenn das Vermögen des Mandanten bei richtiger Beratung jetzt höher gewesen wäre, als es jetzt ist.

b) Der Beklagte hat schon im ersten Rechtszug zutreffend darauf hingewiesen, daß das Zweikontenmodell (erheblich) höhere Zinsen verursacht hätte. Ein schematisch vereinfachtes Beispiel soll das verdeutlichen:

Ein Unternehmer erhält für ein Geschäft, das er am 1. Februar eröffnen will, einen Kontokorrentkredit bis 50.000 DM (Kreditlinie) eingeräumt. Die Zinsen sollen 10 % jährlich bei monatlichem Zinsabschluß betragen. Der Unternehmer gibt 30.000 DM für Einrichtung und Ware aus und eröffnet am 1. Februar. Einnahmen von monatlich 10.000 DM und Zahlungen von monatlich 5.000 DM werden jeweils am Monatsersten über die Bank abgewickelt.

Bei Zahlungen über ein einziges Girokonto folgt daraus:

	Soll:	Haben:	Saldo:	Zinsen:
Februar	30.000 DM		– 30.000 DM	250,00 DM
März	5.000 DM	10.000 DM	– 25.000 DM	208,33 DM
April	5.000 DM	10.000 DM	– 20.000 DM	166,67 DM
Mai	5.000 DM	10.000 DM	– 15.000 DM	125,00 DM
Juni	5.000 DM	10.000 DM	– 10.000 DM	83,33 DM
Juli	5.000 DM	10.000 DM	– 5.000 DM	41,67 DM
August	5.000 DM	10.000 DM	– 0 DM	
September	5.000 DM	10.000 DM	5.000 DM	
			Summe der Zinsen:	875,00 DM

Bei Zahlungen im Zweikontenmodell ergibt sich folgende Entwicklung:

Erstes Konto (für alle Betriebseinnahmen und alle Privatentnahmen bestimmt):

	Soll:	Haben:	Saldo:
Februar			0 DM
März		10.000 DM	10.000 DM
April		10.000 DM	20.000 DM
Mai		10.000 DM	30.000 DM
Juni		10.000 DM	40.000 DM
Juli	10.000 DM	10.000 DM	40.000 DM
August		10.000 DM	50.000 DM
September	10.000 DM	10.000 DM	50.000 DM

Zweites Konto (für alle Betriebsausgaben bestimmt, Kreditlinie 50.000 DM)

	Soll:	Haben:	Saldo:	Zinsen:
Februar	30.000 DM		- 30.000 DM	250,00 DM
März	5.000 DM		- 35.000 DM	291,67 DM
April	5.000 DM		- 40.000 DM	333,33 DM
Mai	5.000 DM		- 45.000 DM	375,00 DM
Juni	5.000 DM		- 50.000 DM	416,67 DM
Juli	5.000 DM	10.000 DM	- 45.000 DM	375,00 DM
August	5.000 DM		- 50.000 DM	416,67 DM
September	5.000 DM	10.000 DM	- 45.000 DM	375,00 DM
			Summe der Zinsen:	2.833,33 DM

(die Habenbuchungen von je 10.000 DM im Juli und September sind Überweisungen von dem 1. Konto und sollen verhindern, daß der Saldo die Kreditlinie unterschreitet)

Wird nun bei dem Zweikontenmodell zugunsten des Unternehmers angenommen, daß

a) alle Kontokorrentzinsen als Betriebsausgaben anerkannt werden, und

b) er durch sonstige Einkünfte in den Bereich des Spitzensteuersatzes von 53% gelangt,

so mindern die anerkannten Kontokorrentzinsen den Gewinn

(Überschuß) um 2.833,33 DM

und die Einkommensteuer um
 $2.833,33 \text{ DM} \times 0,53 = 1.501,66 \text{ DM}$

Daraus ergibt sich eine effektive

Belastung des Unternehmers

durch Zinsen in Höhe von

$2.833,33 \text{ DM} - 1.501,66 \text{ DM} = 1.331,67 \text{ DM}$

Damit steht er sich im Beispielsfall bei dem Zweikontenmodell erheblich schlechter, als wenn er alle Zahlungen über ein einziges Girokonto abgewickelt und das Finanzamt die dort angefallenen Kontokorrentzinsen insgesamt *nicht* als Betriebsausgaben anerkannt hätte (bei teilweiser Anerkennung würde sich der Unterschied sogar noch vergrößern).

c) Wenn der Kläger und sein Teilhaber den Zahlungsverkehr in der Gemeinschaftspraxis im Zweikontenmodell statt über ein Gemeinschaftskonto abgewickelt hätten, müßte das nicht unbedingt die gleichen Folgen wie in dem

Beispielsfall gehabt haben. Es könnte aber so gewesen sein. Deshalb kann auch nicht nach § 287 ZPO davon ausgegangen werden, daß dem Kläger und seinem Teilhaber durch die Abwicklung aller Zahlungen über ein einziges Girokonto in jedem Fall ein Schaden entstanden ist.

3. Ob und in welcher Höhe ein Schaden entstanden ist, ließe sich nur durch eine konkrete Schadenberechnung anhand aller Zahlungsvorgänge, zumindest für ein Steuerjahr, feststellen. Dazu fehlt jeder Tatsachenvortrag. Der Kläger hat lediglich die Ergebnisse – sein zu versteuerndes Einkommen und die darauf festgesetzten Steuern – mitgeteilt und selbst die nicht einmal belegt.

4. Der Senat hatte keinen Anlaß, den Kläger darauf hinzuweisen, daß er seinen behaupteten Schaden nicht nachvollziehbar und überprüfbar dargetan hat, weil der unter 2 b) dargestellte Gesichtspunkt schon im ersten Rechtszug schriftsätzlich erörtert worden ist.

Steuerberaterhaftung

– Anfragen des Notars

(OLG Hamm, Urt. v. 13. 12. 1995 – 25 U 173/94)

Leitsatz (d. Red.):

Anfragen des Notars beim Steuerberater über steuerliche Auswirkungen eines Wohnrechts können dessen Belehrungspflicht über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen begründen.

Aus den Gründen:

Der Beklagte ist aus dem Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung verpflichtet, dem Kläger den im vorliegenden Verfahren geltend gemachten Steuerschaden für die Jahre 1985, 1986 und 1987 dem Grunde nach zu erstatten.

Zwischen den Parteien bestand ein **Beratungsverhältnis bezüglich der steuerlichen Auswirkungen des Wohnrechts für die Mutter des Klägers an der Dachgeschoßwohnung im Neubau**. Zwar war der Beklagte, worauf er zu Recht hinweist, im Rahmen anderer Aufträge, wie z. B. zur Ausführung von Steuererklärungen und Jahresabschlüssen, nicht verpflichtet, auch diese Frage zu überprüfen (vgl. BGH, GI, 1995, 65). Jedoch hat der Beklagte nach seinem eigenen Vorbringen einen gesonderten Beratungsauftrag zu diesem Punkt angenommen, als er Anfang April 1985 von dem Notar K. im Auftrag des Klägers wegen der steuerlichen Auswirkungen des Wohnrechts angerufen wurde und dann auch dazu telefonisch Auskunft gab.

Im Rahmen dieses Auftrags hatte der Beklagte den Kläger, vertreten durch den Notar, umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten (BGH GI 95, 91 = WM 1994, 602; NJW 1995, 2110). Das aber ist hier nicht geschehen. Denn mit dem Beklagten ist in dem Telefonat nicht nur über die grundbuchmäßige Eintragung des

Wohnrechts gesprochen worden, sondern ihm wurde auch, wie er in der mündlichen Verhandlung vom 3. 5. 1994 vor dem Landgericht selbst eingeräumt hat, von dem schuldrechtlichen Wohnrecht bezüglich des Neubaus berichtet.

Er genügte daher seiner umfassenden Beratungspflicht nicht, indem er davon abriet, das Wohnrecht eintragen zu lassen. Vielmehr hätte er auch darauf hinweisen müssen, daß bereits der Bestand des schuldrechtlichen Wohnrechts nach Ziffer II 54 d des sogenannten Nießbrauch-erlasses vom 15. 11. 1984 einer vollständigen Inanspruchnahme der Afa und der Werbungskosten durch den Kläger für das ganze Gebäude entgegenstand. Diese Verpflichtung bestand auch insbesondere deshalb, weil dem Beklagten auf Grund einer von ihm am 7. 9. 1995 gefertigten Mitteilung an das Finanzamt bewußt gewesen sein hätte müssen, daß der Kläger die Verluste aus dem gesamten Neubau als Zweifamilienhaus steuerlich geltend machen wollte.

Wäre ein solcher Hinweis erfolgt und hätte der Beklagte den Kläger dann weiter darüber belehrt, daß vertragliche Änderungen bezüglich des Wohnrechts entsprechend der Bekanntmachung des Finanzministeriums v. 31. 3. 1985 spätestens bis zum 30. 9. 1985 vorzunehmen seien, um noch steuerlich rückwirkend anerkannt zu werden, hätte der Kläger solche noch rechtzeitig vornehmen können.

Die mögliche zulässige Regelung hätte, wie vom Kläger dargelegt, aus einer Aufhebung des Wohnrechts einerseits unter gleichzeitiger Vereinbarung einer laufenden Rente andererseits verbunden mit dem Abschluß eines gesonderten Mietvertrages über die Wohnung bestehen können, wobei ein solcher trotz des Wohnrechts bereits seit dem 31. 3. 1985 bestand und die Mieten auch von Anfang an als Einnahmen steuerlich angegeben wurden, wie sich aus den vorgelegten Steuererklärungen des Klägers über seine Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung ergibt.

In einer solchen Regelung hätte, entgegen der Ansicht des Landgerichts, keine unzulässige Umgehung des sogenannten Nießbrauchserlasses gem. § 42 AO gelegen. Zwar unterfallen

Verträge zwischen Verwandten einer besonders kritischen Überprüfung, vgl. Klein/Orlopp, AO, 4. Auflage, § 42, Anm. 9 g. Danach ist ein Vertrag rechtsmißbräuchlich, wenn ein Unterhaltspflichtiger das Objekt an einen Unterhaltsberechtigten vermietet und dieser den Mietzins nur aus dem ihm gezahlten Barunterhalt bestreitet. Ein solcher Fall ist hier jedoch nicht gegeben. Die der Mutter zu gewährende Rente würde keinen Unterhalt, sondern anstelle des Wohnrechts eine Vergütung für die Überlassung des Grundstücks darstellen. In ihrer Verwendung wäre die Mutter frei gewesen. Die Rente hätte unabhängig vom Mietverhältnis Bestand gehabt. Von einer verdeckten Unterhaltsleistung kann somit keine Rede sein (vgl. auch OLG Düsseldorf, Ur. v. 9. 6. 1988 – 18 U 285/87 GI 88, 177; Schmidt, EStG, 14. Auflage, § 21, Rdnr. 36).

Ebenfalls bestehen keine Zweifel, daß die Mutter einer solchen Abänderung bei einer vollständigen Beratung zugestimmt hätte, da sie durch notariellen Vertrag vom 14. 8. 1987 sogar mit einer ersatzlosen Aufhebung des Wohnrechts einverstanden war.

Hätte der Beklagte also den Kläger anlässlich des Telefonats mit dem Notar umfassend informiert, wäre für den Kläger bei Aufhebung des Wohnrechts die Möglichkeit gegeben gewesen, die **gesamten Werbungskosten für den Neubau abzusetzen und nicht nur anteilig für die Erdgeschoßwohnung, da das Objekt dann für ihn steuerlich als Zweifamilienhaus gegolten hätte.**

Der Beklagte ist deshalb aus dem Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung verpflichtet, dem Kläger den hieraus entstandenen Schaden für die bisher geltend gemachten Steuerjahre 1985 bis 1987 zu ersetzen.

Bedenken gegen die Aktivlegitimation des Klägers bestehen nach der nunmehr vorgetragenen Abtretung eventueller Ansprüche der Ehefrau an den Kläger nicht mehr. Die vom Beklagten insbesondere insoweit erhobene Einrede der Verjährung greift im Hinblick auf seine umfassende Verzichtserklärung betreffend die „Eheleute B.“ vom 23. 12. 1987 nicht durch. Anhaltspunkte für eine Verwirkung des Rechts

des Klägers, sich auf diesen Verzicht, der zeitlich nicht begrenzt wurde, zu berufen, sind nicht gegeben. Allein der zeitliche Ablauf genügt dazu nicht.

Die genaue Höhe des dem Kläger aus der unvollständigen Beratung des Beklagten erwachsenen Schadens aber ist noch streitig und bedarf der weiteren Aufklärung, insbesondere durch Vorlage sämtlicher Belege für die abzusetzenden Beträge. Hierzu wird die Sache gemäß § 538 Abs. 1 Ziffer 3 ZPO an das Landgericht zurückverwiesen, das dann auch über die Kosten des Berufungsverfahrens zu entscheiden hat.

Unterschrift

– Formerfordernis

– Doppelname

(BGH, Ur. v. 18. 1. 1996 – III ZR 73/95)

Leitsatz:

Zu den Anforderungen an die Unterzeichnung einer Berufungsschrift (hier: Unterschrift mit nur einem Teil eines Doppelnamens).

Tatbestand:

Der Beklagte hat gegen ein Urteil des Landgerichts Berufung eingelegt.

Das Oberlandesgericht hat die Berufung als unzulässig verworfen, weil die Berufungsschrift nicht ordnungsgemäß unterschrieben sei. Die unter die Berufungsschrift gesetzte Unterschrift „S.“ könne der Unterzeichnerin, der Rechtsanwältin B. W.-S., die den Beklagten im Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht zusammen mit ihrem Ehemann, dem Rechtsanwalt R. S., vertrete, nicht zugeordnet werden.

Dagegen richtet sich die Revision des Beklagten, der die Klägerin entgegentritt.

Aus den Gründen:

Die Revision ist begründet. Sie führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Oberlandesgericht.

1. Dem Berufungsgericht ist im Ausgangspunkt darin zu folgen, daß Rechtsmittelschriften als sog. bestimmende Schriftsätze im Anwaltsprozeß grundsätzlich von einem beim Rechtsmittelgericht zugelassenen Rechtsanwalt unterschrieben sein müssen. Mit der Unterschrift wird der Nachweis geführt, daß der Anwalt sich den Inhalt des Schriftsatzes zu eigen macht und die Verantwortung dafür übernimmt (*st. Rspr.*; vgl. BGHZ 92, 251, 254; 97, 251, 253 = GI 86, 72; BGH, *Urt. v. 22. 10. 1993* – V ZR 112/92 = NJW 1994, 55 m.w.N.).

2. Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts ist dem Erfordernis der Unterzeichnung der Berufungsschrift durch einen beim Berufungsgericht zugelassenen Rechtsanwalt im Streitfall Genüge getan.

a) Die Berufungsschrift ist unter dem Briefkopf „Anwaltskanzlei S“, der zur Zeit der Einlegung der Berufung Rechtsanwalt R. S. und dessen Ehefrau Rechtsanwältin B. W.-S. als (auch) beim Oberlandesgericht zugelassene Rechtsanwälte angehört, eingereicht worden und von Rechtsanwältin B. W.-S. **mit „S“, dem gemeinsamen Familiennamen (Ehenamen) der Ehegatten, unterzeichnet.**

b) **Die Unterschrift „S“ ist voll ausgeschrieben und gut lesbar.** Der Schriftzug stellt ersichtlich eine Namensunterschrift, nicht lediglich eine Abkürzung (Handzeichen, Paraphe) dar.

Ihren Vornamen B. und den weiteren Teil W. ihres Doppelnamens (vgl. zur Namensgestaltung von Ehegatten § 1355 BGB in der bei Einlegung der Berufung geltenden – heutigen – Fassung des Gesetzes vom 16. 12. 1993, BGBl. S. 2054; zur Übergangsregelung Art. 7 des genannten Gesetzes) **mußte die Rechtsanwältin nicht beifügen** (vgl. auch OLG Frankfurt NJW 1989, 3030; Stein/Jonas/Leipold ZPO 21. Aufl., § 129 Rn. 22). Was unter einer Unterschrift zu verstehen ist, ergibt sich aus dem Sprachge-

brauch und dem Zweck der Formvorschrift. **Den Anforderungen ist genügt, wenn ein die Identität des Unterschreibenden ausreichend kennzeichnender individueller Schriftzug vorliegt, der einmalig ist, entsprechende charakteristische Merkmale aufweist, sich als Wiedergabe eines Namens darstellt und die Absicht einer vollen Unterschriftsleistung erkennen läßt** (*st. Rspr.*; vgl. BGH, *Urt. v. 22. 10. 1993 a.a.O.*).

So liegt es hier.

c) Der erkennende Senat vermag dem Berufungsgericht nicht darin beizutreten, daß die Unterschrift „S“ unter der Berufungsschrift Rechtsanwältin B. W.-S. nicht zugeordnet werden könne.

Wenn die Unterschrift, was das Berufungsgericht aufgrund eines Vergleichs mit anderen Unterschriften in den Akten des vorliegenden Rechtsstreits angenommen hat, nicht von Rechtsanwalt R. S. stammte, so kam ein anderer Unterzeichner als Rechtsanwältin B. W.-S. nach Lage der Dinge nicht in Betracht. Nur diese beiden führen in der „Anwaltskanzlei S“ diesen Namen. Für eine Unterschriftenfälschung fehlt jeder Anhalt. Außer Rechtsanwalt R. S. ist von den Anwälten der Kanzlei nur Rechtsanwältin W. S. auch beim Oberlandesgericht zugelassen; daß dies seinerzeit erst seit etwa zwei Monaten der Fall war, ändert nichts und war dem Berufungsgericht auch bekannt. Daß die Berufungsschrift von Rechtsanwältin B. W.-S. unterschrieben ist, ergab sich zudem aus der zum Zweck der Zustellung weiter bei Gericht eingereichten beglaubigten Abschrift der Berufungsschrift, die neben dem Beglaubigungsvermerk den Stempelaufdruck „gez. W.-S.“ enthält. Der Einreichung einer beglaubigten Abschrift der Berufungsschrift kommt insoweit Bedeutung zu, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie bei den Gerichtsakten verbleibt (vgl. BGH, *Beschl. v. 5. 3. 1954* – VI ZB 21/53 – LM ZPO § 519 Nr. 14).

GI Leitsätze

Subventionsbetrug / Kreditbetrug Vermögensgefährdung

Bestanden zum Zeitpunkt der Gewährung eines Kredits bereits vollwertige Sicherheiten, die zur Deckung des Kreditrisikos ausreichen und ohne nennenswerte Schwierigkeiten verwertbar waren, gleichen diese den Minderwert des Anspruchs auf Darlehensrückzahlung aus. (BGH, Beschl. v. 9. 2. 1995 – 4 StR 662/94 – wistra 1995, 222)

Ordnungsgeld gegen Zeugen / Steuerberater / Betragsrahmen

1. Die Verjährung des gegen einen nicht erschienenen Zeugen festgesetzten Ordnungsgelds tritt nicht vor dem rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens ein.

2. Das Ordnungsgeld kann dem oberen Bereich des Betragsrahmens entnommen werden, wenn der Zeuge (Steuerberater) seine wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in geeigneter Weise darlegt und ein Büroversehen bei der Versäumung des Zeugentermins ausscheidet. (BFH, Beschl. v. 26. 5. 1995 – X B 335/94 – BFH/NV 1995, 1004)

GI Hinweis

Der Markt für Unternehmens- und Beteiligungskäufe ist weiter im Aufwärtstrend; der Generationswechsel und die Öffnung des europäischen Marktes sind hierfür verantwortlich.

In nun 4. Auflage erscheint das Handbuch des Unternehmens- und Beteiligungskaufs von Hölters. Kompetente Fachleute kommen zu Wort. Für die Praxis sind umfangreiche Checklisten und Vertragsbeispiele zu verschiedenen Varianten des Unternehmenskaufs von Bedeutung.

Hölters (Hrsg.): Handbuch des Unternehmens- und Beteiligungskaufs; Grundfragen, Bewertung, Finanzierung, Steuerrecht, Arbeitsrecht, Vertragsrecht, Kartellrecht, Vertragsbeispiele.

Herausgegeben von RA Dr. Wolfgang Hölters. Bearbeitet von RA Dr. Jobst-Hubertus Bauer, WP und StB Dipl.-Kfm. Helmut Fischer, RA und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Wolfgang Hölters, RA, WP und StB Heinz Peter Müller, RA Joachim Sedemund, RA Dr. Franz-Jörg Semler, Dipl.-Volksw. Dr. Michael Weiss. 4. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln 1995. 726 Seiten, 198,- DM. ISBN 3-504-45553-5

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 - 5, 1996)

Akteneinsicht	
– Übersendung?	96, 102
Amtspflichtverletzung	
– für Erfüllungsgehilfen	96, 29
– StB-Kosten	96, 106
Auskunftsvertrag	
– Schaden	
– = Grunderwerbsteuer	96, 42
Bankrott	
– mangelhafte Buchführung	96, 54
Belehrungspflicht d. Notars	
– Beweislast	96, 109
– Vorleistung, ungesicherte	96, 109
Belehrungspflicht d. StB/WP	
– Gewerbesteuerücklage	96, 81
– nach Notaranfrage?	96, 117
– Reinvestitionsrücklage	96, 81
– ungefragte –	
– = bei Notaranfrage	96, 117
– = Reinvestitionsrücklage	96, 81
– = vollständige –	96, 3
Betrug	
– Sicherheiten, vollwertige	96, 120
Beweislast	
– für rechtmäßiges Alternativverhalten	96, 71
BFH-Rechtsprechung	
– Erschließungskosten als Werbungskosten	96, 54
Buchführung, mangelhafte	
– Bankrott	96, 54

Dritthaftung

- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 96, 96
- = Bilanzerstellung 96, 71
- = Prüfungsauftrag 96, 41
- = Sachverständigengutachten 96, 39
- = Testamenterrichtung 96, 96

Eigentumswohnung

- Steuerberatungspraxis 96, 52
- = Nutzungsänderung

Einspruch

- Fristversäumnis 96, 48
- = WE-Antrag
- Gewerbesteuermeßbescheid 96, 81
- = Rückstellungsbildung

Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens

- Beweislast 96, 71

Entnahme

- durch Nutzungsänderung 96, 78

Erfüllungsgehilfe

- des Notars 96, 29
- = bei Grundbucheinsicht

Erlaß

- Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 3 UStG 96, 58

Ermessensentscheidung

- Schaden 96, 58

Finanzgerichtsordnung

- Klageerhebung, § 42 Abs. 2 Satz 1 FGO 96, 28

Fortbildungsveranstaltung

- Werbungskosten 96, 78

Fristenkontrolle

- Fristenkontrollbuch 96, 107
- = Organisationsverschulden, Fristlöschung
- Fristüberwachung durch RA 96, 2
- = bei Aktenvorlage 96, 34
- = trotz EDV-Programm 96, 108
- = Fristdiktat, Überprüfung des – 96, 107
- = Gerichtsferien
- Fristversäumnis, unverschuldetes 96, 35
- = Beförderung d. Post durch neuen Mitarbeiter 96, 107
- = Fristberechnung 96, 87
- = Unterschriftskontrolle 96, 87
- Unterschriftskontrolle

Garantievertrag

- Steuerberatungsvertrag 96, 42

GI Aktuell

- Anlage E, Bestandskraft 96, 28
- Erschließungskosten, nachträgliche 96, 54
- Kinderbetreuungskosten Alleinerziehender 96, 106
- Schriftformerfordernis 96, 18
- Vollmacht, Nachweis der – 96, 28

GmbH

- Geschäftsführer 96, 28
- = Steuerhaftung 96, 28

Grundstückshandel

- ohne Modernisierungen? 96, 2

Honoraranspruch d. StB

- Buchführung 96, 6
- = Überprüfung und Korrektur
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV 96, 102
- = Gebührenvorschrift
- Gebührenvereinbarung, § 4 StBGebV 96, 6
- = Auslegung d. – 96, 6
- Pfändung d. – 96, 103
- Zeitgebühr
- = Angaben, § 13 StBGebV 96, 94
- = Darlegungslast 96, 94

Honoraranspruch d. WP

- Nur Wirtschaftsprüfer 96, 94
- = Steuerberaterleistung 96, 94
- Steuerberatergebührenverordnung 96, 94

Internationales Privatrecht

- Art. 3 Abs. 1 Satz 1 EG BGB 96, 92
- = US-WP-Gesellschaft

Kausalität

- Fehler des 2. StB 96, 47
- = WE-Antrag
- Zwischenpflichtwidrigkeit und Schaden 96, 100
- = beratungskonformes Verhalten

Klageerhebung

- beim FG, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO 96, 28

Konkursverwalter

- Steuerhaftung, § 34 AO 96, 103

Konzernhaftung

- US-WP-Gesellschaft 96, 92

Kostenerstattungsanspruch

- Umsatzsteuer d. Anwaltskosten 96, 106

Kreditbetrug

- vollwertige Sicherheiten 96, 120

Mitverschulden

- Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. – 96, 85

Notar

- Belehrungspflichten 96, 109
- = Altenteilsrecht 96, 109
- = Darlegungs-Beweislast 96, 22
- = Straßenverkehrsflächen 96, 66
- = Wochenendgrundstück
- Grundbucheinsicht 96, 29
- = durch Hilfsperson 96, 109
- Vorleistungen, ungesicherte

Ordnungsgeld

- Betragsrahmen 96, 120
- gegen Steuerberater 96, 120

Pfändung

- Steuerberaterhonorar 96, 103

Pkw

- Anschaffung d. Sozios 96, 71

Prozeßvollmacht

- Originalvollmacht 96, 28

Prüfungsauftrag

- Prüfungspflichten, § 318 ff. HGB 96, 71
- Schutzpflichten d. – 96, 71

Rechtsanwalt

- Beratungspflichten 96, 85
- = Versicherungsschutzklage 96, 37
- Testamenterrichtung 96, 14
- unterlassene Vollstreckung

Regreßprozeß

- Parteierklärung oder RA-Schriftsatz? 96, 109

Sachverständiger

- Dritthaftung
- = Arglist d. Auftraggebers 96, 41

Schaden

- Behördenentscheidung, richtige - 96, 58
- Ermessensentscheidung 96, 58
- vermeidbare Steuerbelastung
- = Grunderwerbsteuer 96, 42
- vermeidbares Steuerberatungshonorar 96, 47
- Zwei-Konten-Modell 96, 114

Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB

- rechtswidriges Versäumnisurteil 96, 14

Sozietät

- Anschaffung d. Pkw 96, 71
- Unternehmereigenschaft d. EU 96, 71

Steuerberater

- Vermögensverfall 96, 54, 89

Steuerberaterprüfung

- berufspraktische Vorbildung
- = RA-Tätigkeit 96, 2

Steuerberatungsgesetz

- § 46 Abs. 3 Nr. 2
- = Vermögensverfall 96, 54

Steuerhaftung

- GmbH-Geschäftsführer
- = Steuerberaterverschulden 96, 28

Testat

- Vertrauen in - 96, 96

Treuhänder

- Schweigepflicht 96, 103

Umsatzsteuer

- Kostenfestsetzung 96, 106
- Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 3
- = Erlaß 96, 2

Unternehmenskauf

- Bilanztestat 96, 96

Unterschrift

- Doppelname 96, 118
- Kontrolle der - 96, 87

Verjährung (§ 51 BRAO a.F., § 51 b BRAO n.F.)

- Werkvertrag 96, 55

Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)

- Belehrungspflicht über eigene Fehler und über Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
- = Beginn des - 96, 50

Vermögensverfall

- d. Steuerberaters 96, 54, 89

Verschwiegenheit

- d. Treuhänders 96, 103

Versicherungsschutzklage

- Belehrung ü. Klagfrist, § 12, 3 VVG 96, 85

Verzug

- des Steuerberaters 96, 47

Vollmacht

- Nachweis d. - 96, 28

Werkvertrag

- Anwendbarkeit d. § 51 b BRAO 96, 55

Wiedereinsetzung

- Antrag
- = Begründung 96, 80
- Glaubhaftmachung
- = Vorlage d. Fristenkontrollbuchs 96, 80
- Nachweis d. RA über Absendung 96, 80

Wirtschaftsprüfer

- US-Gesellschaft 96, 92

Zustellung

- Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. - 96, 85
- an StB oder Mandanten 96, 2
- Verzögerung d. - 96, 85

Zwangsvollstreckungsauftrag

- Einwand d. § 826 BGB 96, 14
- gegen RA 96, 14
- rechtswidriger Titel 96, 14

Zwei-Konten-Modell

- Schaden? 96, 114

-
- BGH v. 10.11.1994 - III ZR 50/94 96, 41
 - = NJW 1995, 392

- BGH v. 17.11.1994 - IX ZR 208/93 96, 85

- BGH v. 18.1.1995 - 2 StR 693/94 96, 54
- = Wistra 1995, 146

- BGH v. 9.2.1995 - 4 StR 662/94 96, 120
- = wistra 1995, 222

- BGH v. 20.2.1995 - II ZB 16/94 96, 34

- BGH v. 13.6.1995 - IX ZR 121/94 96, 37

- BGH v. 22.6.1995 - IX ZR 125/94 96, 66

- BGH v. 21.9.1995 - IX ZR 228/94 96, 14

- BGH v. 18.10.1995 - I ZB 15/95 96, 35

- BGH v. 19.10.1995 - IX ZR 20/95 96, 6

- BGH v. 19.10.1995 - IX ZR 104/94 96, 22

- BGH v. 2.11.1995 - IX ZR 15/95 96, 109

- BGH v. 9.11.1995 - IX ZR 161/94 96, 3

- BGH v. 16.11.1995 - IX ZR 148/94 96, 55

- BGH v. 23.11.1995 - IX ZR 213/94 96, 29

- BGH v. 23.11.1995 - IX ZR 225/94 96, 58

- BGH v. 6.12.1995 - VIII ZR 12/95 96, 87

- BGH v. 7.12.1995 - VII ZB 27/95 96, 108

- BGH v. 9.1.1996 - IX ZR 103/95 96, 81

- BGH v. 18.1.1996 - III ZR 73/95 96, 118

- BGH v. 8.2.1996 - IX ZB 95/95 96, 107

-
- OLG Düsseldorf v. 13.10.1984 - 13 U 211/93 96, 94

- OLG Düsseldorf v. 13.10.1994 - 13 U 217/93 96, 47

- OLG Düsseldorf v. 9.12.1994 - 96, 92

- rkr. nach Nichtannahmebeschluß des BGH v. 3.7.1995 - II ZR 172/95

- OLG Düsseldorf v. 9.3.1995 - 13 U 57/94 96, 114
- ebenso: Urt.v. 9.3.1995 - 13 U 56/94

- OLG Düsseldorf v. 22.6.1995 - 13 U 150/94 96, 50

OLG Hamm v. 3.5.1995 – 25 U 129/94	96, 42	BFH v. 8.3.1996 – III R 146/93	96, 106
OLG Hamm v. 13.12.1995 – 25 U 173/94	96, 117		
OLG Koblenz v. 20.1.1995 – 2 U 1019/93	96, 102	LG Arnsberg v. 10.3.1995 – 2 O 473/94, rkr.	96, 96
OLG München v. 28.9.1995 – 1 U 2954/95 = StB 1996, 119	96, 106	LG Dortmund v. 15.11.1995 – 6 O 200/95	96, 100
OLG Stuttgart v. 11.5.1994 – 8 W 89/94 = NJW 1995, 2838	96, 103	FG Brandenburg v. 30.11.1995 – 2 K 50/95 StB	96, 89
OLG Stuttgart v. 25.7.1995 – 12 U 57/94	96, 71	FG Bremen v. 13.11.1995 – 295176E2 + 295178E2 = StB 1996, 117	96, 106
KG v. 8.6.1994 – 24 W 5760/93 = NJW-RR 1995, 333	96, 52		
BFH v. 26.1.1984 – VR 65/76 = BFHE 140, 121 = BStBl II 1984, 231	96, 71		
BFH v. 10.2.1994 – VII B 224/94 = BFH/NV 1995, 812	96, 102		
BFH v. 21.6.1994 – VII R 34/92 = BStBl 1995 II, 230	96, 103		
BFH v. 30.8.1994 – VII R 101/92 = WPK-Mitt. 1995, 99 = BStBl 1995 II, 278	96, 28		
BFH v. 8.9.1994 – V R 3/92 = BFH/NV 1995, 834	96, 2		
BFH v. 18.1.1995 – I B 181/93 = BFH/NV 1995, 852	96, 2		
BFH v. 26.1.1995 – IV R 39/93 = BFH/NV 1995, 873	96, 78		
BFH v. 21.2.1995 – VIII R 76/93 = BFH/NV 1995, 989	96, 80		
BFH v. 27.2.1995 – V B 54/94 = BFH/NV 1995, 835	96, 71		
BFH v. 2.3.1995 – IV R 59/94 = BGH/NV 1995, 959	96, 78		
BFH v. 7.3.1995 – VII R 84/94 – Vorinstanz FG Baden-Württemberg EFG 1994, 983 = StBkammer Rh-Pf KM 8/95	96, 2		
BFH v. 21.3.1995 – III R 259/94 = BFH/NV 1995, 907	96, 2		
BFH v. 4.4.1995 – IV B 129/94 = BFH/NV 1995, 876	96, 2		
BFH v. 4.4.1995 – VII R 74/94 = BFH/NV 1995, 1019 vgl. FG Brandenburg, GI 1995, 144	96, 54		
BFH v. 21.4.1995 – VIII B 133/94 = BFH/NV 1995, 954	96, 103		
BFH v. 25.4.1995 – VIII R 86/94 = BFH/NV 1995, 1002	96, 80		
BFH v. 26.4.1995 – I R 22/94 = LEXinform 0127099	96, 28		
BFH v. 26.5.1995 – X B 335/94 = BFH/NV 1995, 1004	96, 120		
BFH v. 7.11.1995 – IX R 99/93	96, 54		
BFH v. 28.11.1995 – VII R 63/95	96, 28		
BFH v. 29.11.1995 – X B 56/95	96, 80		
BFH v. 19.12.1995 – IX R 5/95	96, 54		